



Agrarsubventionen umverteilen - Vielfalt fördern

~~Massentierhaltung~~

Bauernhöfe statt
Agrarfabriken



Agrarsubventionen umverteilen – Vielfalt fördern! 3

Agrarsubventionen: Millionen für Millionäre statt für Umwelt- und Tierschutz 4

Und wie viele Subventionen bekommen Bauernhöfe? 5



EU-Agrarpolitik: Überproduktion und sterbende Höfe 6

EU-Agrarexporte: Wirtschaftlich aussichtslos und klimapolitisch fatal! 7

Landwirtschaft im Klimawandel 8



Wohlstandsgrundlage Artenvielfalt 10

Überdüngung – Quellen und Folgen 11

Massentierhaltung und BUND-Widerstand 12



Was hat Massentierhaltung mit Antibiotika zu tun? 13

Wenn schon Fleisch, dann Biofleisch oder NEULAND-Fleisch 14

Gesunde Ernährung, Umwelt- und Klimaschutz ergänzen sich 15



Regional und saisonal – 1. Wahl 16

Agrarreform – dringender denn je. 17



Impressum Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Friends of the Earth Germany, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, www.bund.net, **Text:** Reinhold Benning und Sarah Kaufmann, **Titelbild:** istockphoto.com, PahaM, **V.i.S.d.P.:** Dr. Norbert Franck, **Telefon:** 030/27586-40, **Fax:** -440, **E-Mail:** info@bund.net, © Berlin, April 2010, 4. überarbeitete Auflage, **Gestaltung und Herstellung:** Natur Et Umwelt Verlag, Claudia Gunkel, **Bestellnummer:** 55.060K, **Druck:** Z.B.!



Agrarsubventionen umverteilen – Vielfalt fördern!



© www.sxschu/kent Murray

„Public Money only for Public Goods“ oder „Steuergeld nur für öffentliche Güter“ wie artgerechte Tierhaltung, Klima- und Artenschutz in der Landwirtschaft – das fordert der BUND.

Sie lieben Spaziergänge durch Felder mit blühenden Rainen und Hecken? Genießen Sie gern regionale Spezialitäten, sei es ein kräftiger Bergkäse oder einen traditionell geräucherten Schinken? Legen Sie Wert auf bezahlbares sauberes Wasser? Und greifen auch Sie beim Einkauf immer öfter auch mal ins Bioregal? Fein. Dann wissen Sie, was Bauernhöfe leisten können – außer Massentierhaltung, Überdüngung und Überschussproduktion.

Ob Bäuerinnen und Bauern im Einklang mit Umwelt, Natur und Tierschutz besonders gesunde und regional typische Lebensmittel erzeugen, das hängt maßgeblich von unseren Umwelt- und Tierschutzgesetzen und der Verteilung der Agrarsubventionen aus Brüssel ab. Seit 2006 wurden in Deutschland die wichtigsten Umwelt- und Tierschutzgesetze für die Landwirtschaft an vielen Stellen aufgeweicht. In anderen Ländern der EU gelten strengere Umwelt- und Tierschutzgesetze. Das hat viele internationale Investoren für riesige Massentierhaltungen nach Deutschland gelockt.

Gleichzeitig droht hierzulande eine massive Kürzung der ohnehin knappen Fördergelder für Ökolandbau und für Regionalprogramme. Das Ergebnis: Verbraucher in Deutschland fragen zwar immer mehr (Öko-) Lebensmittel aus der Region

nach, doch Bauern finden kaum Hilfe bei der Umstellung ihrer Höfe. Die Subventionen für Agrarbetriebe, die nicht nach ökologischen, sondern nach industriellen Maßstäben arbeiten, bleiben dagegen weitgehend stabil.

Doch immer mehr Verbraucher und Bürgerinitiativen wehren sich gegen diese ungerechte Agrarpolitik, die unsere Bauern in die Industrialisierung treibt. Gemeinsam mit ihnen und mit Bauernorganisationen fordert der BUND mit anderen Verbänden unter dem Motto „Wir haben es satt“ Bauernhöfe statt Agrarfabriken. Wir wollen faire Regeln für den Markt mit landwirtschaftlichen Gütern weltweit. Dazu gehört es, die Überproduktion in Industrieländern und den zu hohen Konsum insbesondere bei Fleisch abzubauen. Dazu gehört auch, die Mindeststandards für den Umwelt- und Tierschutz deutlich anzuheben und verbindliche Mindestlöhne durchzusetzen.

Der BUND setzt sich für eine vielfältige Landwirtschaft nach dem Leitbild des ökologischen Landbaus ein. Wir arbeiten für eine Wende in der Agrarpolitik und eine Umverteilung der Agrarsubventionen. Für eine bäuerliche Landwirtschaft, in der die Tiere respektvoll behandelt sowie der Schutz von Umwelt und Natur sorgsam beachtet werden.

Agrarsubventionen: Millionen für Millionäre statt für Umwelt- und Tierschutz

Die EU-Staaten sind verpflichtet, die Agrarsubventionen zu veröffentlichen. Die Bundesregierung hat eine derart bürokratische Datenbank ins Internet gestellt, dass viele Großempfänger von Subventionen in Deutschland weiter vor dem Einblick der Steuerzahler geschützt sind.

Direktzahlungen aus Brüssel:
Im Schnitt 261 € je Hektar.
In Deutschland 344 € je Hektar

- Mindeststandards erlauben tierquälerische Haltung, Einsatz von Gentechnik, Klima- und Wasserbelastungen und Überdüngung bis zum Artenverlust
- Millionenbeträge fließen an Konzerne
- 30 Prozent aller Direktzahlungen gehen an nur 2 Prozent der Betriebe

Zu den Marktmaßnahmen zählen auch Exportsubventionen, die Bauern in Europa und vor allem in Entwicklungsländern schaden.

Wer meint, bei „Agrarsubventionen“ ginge es um staatliche Förderung von kleinen Bauernhöfen und die Pflege unserer Kulturlandschaft, sieht sich meist getäuscht. Bisher verlangt Brüssel für die Direktzahlungen an Landbewirtschaftler nur bei einem Drittel des Geldes den Nachweis für bestimmte Umweltleistungen als Gegenleistung für das Geld der Steuerzahler. Der Großteil des Geldes fließt noch immer ohne bestimmte Gegenleistung als Prämie je Hektar. Daher erhalten Betriebe mit vielen Hektar auch besonders viel Geld, auch wenn sie weniger Artenschutz bieten als kleinere Höfe mit mehr Hecken und ungespritzten Feldrändern.

Der wohl größte Profiteur dieser pauschalen Subventionsverteilung in Deutschland ist die KTG Agrar. Das ist kein Bauernhof, sondern ein börsennotiertes Unternehmen, einer der größten Agrarkonzerne Europas. Die KTG Agrar verfügt nach eigenen Angaben über rund 31.000 Hektar¹ und hat rechnerisch einen Anspruch auf

über 9 Millionen Euro Direktzahlungen jährlich². Der Gewinn des Unternehmens lag 2012 bei 8,4 Millionen Euro³. Ohne die Direktzahlungen würde es das Unternehmen rechnerisch Verluste machen. Der Gewinn von Börsen-Unternehmen fließt in der Regel nicht in die Region, sondern an die Aktionäre – irgendwo in der Welt. Wir Steuerzahler haben daher nichts von dieser Verteilung der Subventionen.

Aus Sicht des BUND darf unser Steuergeld nicht zur Alimentierung von Groß-Agrariern und Aktionären dienen, sondern muss transparent und vollständig an konkrete Leistungen im Umwelt-, Tierschutz und für die Regionalentwicklung gebunden werden. Statt Millionen für Millionäre brauchen wir das staatliche Geld, um den Ackerbau umweltfreundlicher, die Tierhaltung artgerecht und Bauernhöfe mit vielen Arbeitsplätzen auf dem Land überlebensfähig zu gestalten.



1 www.ktg-agrar.de
2 Rechnung basiert auf der brandenburgischen Hektarprämie von rund 300 Euro.
3 www.ktg-agrar.de

Und wie viele Subventionen bekommen Bauernhöfe?



© Joachim Müllerchen/ Wikipedia

44 Prozent der Bauern in Deutschland bekommen nicht einmal 5.000 Euro pro Jahr. Die größten Agrargüter in Deutschland erhalten dagegen ein Drittel der gesamten Direktzahlungen, obwohl sie lediglich 2 Prozent der Betriebe darstellen.

Die Direktzahlungen werden nach dem Prinzip der Gießkanne ausgeschüttet: Im EU-Schnitt erhält ein Bauer rund 260 Euro je Hektar. In Deutschland erhält ein Bauer rund 344 Euro. Klar, dass dann ein Großbetrieb auch die höchsten Direktzahlungen erhalten –statt der um-

weltfreundlichsten Höfe. Ab 2014 bekommen die Empfänger dieser Direktzahlungen ein Drittel des Geldes nur dann, wenn sie einige Umweltregeln einhalten. Das ist schon mal ein Fortschritt. Doch leider erlauben diese Umweltregeln noch immer Monokulturen und das Umpflügen von artenreichen Wiesen. Sie sind daher viel zu lasch, um all das Geld zu rechtfertigen.

Der BUND fordert, dass die Direktzahlungen umverteilt werden zugunsten von kleineren Betrieben und für Betriebe mit besonders hohen ökologischen bzw. Tierschutz-Standards.

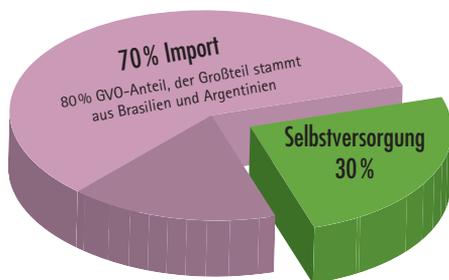
Der BUND meint: Die Direktzahlungen müssen umverteilt werden. Jeder Euro muss zielgerichtet konkrete Nachhaltigkeitsziele wie Klima-, Arten- und Gewässerschutz befördern. Nur dann haben kleinere Höfe, die oft mehr Hecken, Feldränder und Baumbestände aufweisen, und alle Betriebe, die die Umwelt schonen und pflegen, eine Chance auf einen Ausgleich für diese Umweltleistungen.

Verteilung der Direktzahlungen aus Brüssel an Agrarbetriebe in Deutschland 2012

Direktzahlungen	Anzahl der Empfänger	Anteil an der Gesamtzahl der Direktzahlungen	Gesamtwert der Direktzahlungen	Anteil am Gesamtwert der
< 5.000 €	146.092	44 %	282 Mio. €	4,84 %
5.000–10.000 €	55.289	16,60 %	396 Mio. €	6,80 %
10.000–20.000 €	56.135	16,90 %	812 Mio. €	13,93 %
20.000–50.000 €	55.593	16,70 %	1.707 Mio. €	29,30 %
50.000–100.000 €	12.616	3,80 %	841 Mio. €	14,43 %
100.000–300.000 €	4.841	1,50 %	800 Mio. €	13,74 %
< 300.000 €	1.844	0,55 %	988 Mio. €	16,96 %
Summe	332.410	100 %	5.826 Mio. €	100 %

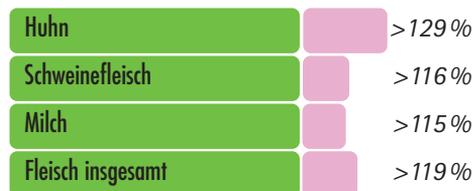
Quelle: BMELV 2013

EU-Agrarpolitik: Überproduktion und sterbende Höfe



Quelle: Eigene Berechnung 2013 nach Deutsche Futtermittelwirtschaft; WWF 2012

Selbstversorgungsgrad mit Fleisch und Milch Deutschland 2012



Quelle: MEG 2013, eurostat

Die bisher geltenden EU-Richtlinien, die allzu weichen Umwelt- und Tierschutzgesetze und die ungerecht verteilten Agrarsubventionen haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die intensive Landwirtschaft Überschüsse produziert, und zwar ausgerechnet bei den Lebensmitteln, deren Produktion die größten Klimaschäden verursacht: Fleisch aus Intensivtierhaltung – oder umgangssprachlich – Fleisch aus Massentierhaltung.

Dabei fehlt in Deutschland und der EU die Futtergrundlage für all die Schweine, Hühner, Puten und Rinder. Insbesondere Eiweißfutter (Protein) wird hierzulande kaum noch angebaut. Für die Futtermittelindustrie ist es billiger, Soja aus Südamerika zu importieren. Der Großteil der importierten Soja stammt aus Argentinien und Brasilien. Der Sojaanbau trägt dort zur Abholzung des Regenwaldes bei, ist meist gentechnisch verändert und wird mit großen Mengen hochgiftiger Pestizide produziert. Die Überproduktion in Europa verursacht somit auch in anderen Ländern massive Klima- und Gesundheitsschäden.

Fazit:

- Trotz hoher EU-Zahlungen an die Landwirtschaft gibt es keine Selbstversorgung: Die EU und Deutschland sind hochgradig abhängig von Protein-Importen in Form von Futtermitteln.
- Die EU-Fleischwirtschaft beansprucht in Ländern des Südens 20 Prozent mehr Agrarfläche als bei uns zur Verfügung steht.¹

- Die EU-Beimischungsförderung für Agrarkraftstoffe vergrößert unseren ökologischen Fußabdruck in den Ländern des Südens noch zusätzlich.

Wem nützen die Überschüsse?

Die Überproduktion belastet nicht nur das Klima, sondern auch die Staatskasse. Überschüsse werden mit Hilfe unsere Steuergelder in riesigen (Kühl-) Hallen gelagert oder exportiert. Es gibt auch Profiteure: Die Fleischberge und Milchseen ermöglichen Discountern und Supermärkten, Schlachthöfen und Molkereien, die Preise gegenüber den Bauern zu drücken. So benötigt ein Milchbauer rund 46 Cent je Liter Milch, um seine Produktionskosten zu decken. Er bekommt aber durchschnittlich nur 33 Cent pro Liter von den Molkereien.²

Auch die Preise für Schweinefleisch sind oft niedriger als die Erzeugerkosten der meisten Bauernhöfe in Deutschland und der EU.

2012 verzeichnete die deutsche Agrarindustrie einen Exportrekord bei Schweinefleisch. Gleichzeitig geben immer mehr Schweinehalter ihre Betriebe auf. Allein von 1999 bis 2010 haben über 80.000 Betriebe geschlossen. Dies entspricht rund 57 Prozent aller Betriebe, die 1999 bestanden.³ Die Zahl der Schweine blieb unterdessen hoch, weil immer größere Ställe für die Massentierhaltung gebaut werden.

1 Ökoinstitut 2009.
2 European Milk Board 2013.
3 Destatis, Landwirtschaftszählungen 1999 und 2010.

EU-Agrarexporte: Wirtschaftlich aussichtslos und klimapolitisch fatal!

Derzeit unterstützen die Bundesregierung und die EU einseitig die Interessen der exportorientierten Industrie – auf Kosten der Nachhaltigkeit. Hierfür hat die Sie ein Förderprogramm für den Export deutscher Agrargüter in Millionenhöhe aufgelegt.¹

Experten meinen dagegen, dass zum Beispiel Schweinefleisch und Milch aus der EU trotz der niedrigen Umweltstandards auf dem Weltmarkt gar nicht konkurrenzfähig sind. So empfiehlt der Europäische Rechnungshof, dass die Politik dafür sorgen soll, dass nur so viel Milch produziert wird, wie in Europa gebraucht wird. Die Überproduktion kostet nämlich viel Geld, und zwar unser Steuergeld, das in Lagerkosten und Agrarsubventionen fließt. Hinzu kommen die enormen Kosten für Umweltschäden. Die Bauern haben nichts davon. Deshalb lehnen auch Milchbauern Exportsubventionen ab.

Prognosen für die Entwicklung des Weltmarktes für Fleisch und Milch besagen zudem, dass Länder wie China und Russland zunehmend ihre eigene Landwirtschaft ausbauen und die Nachfrage nach Fleisch und Milch aus der EU daher längst nicht so hoch ist wie die EU-Kommission noch vor Kurzem unterstellt hat.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium und der Deutsche Bauernverband vertreten dagegen die Ansicht, dass wir hier höhere Umweltstandards haben als in anderen Weltteilen und dies die Produktionskosten in die Höhe treiben würde. Doch eine Studie im Auftrag des Ministeriums selbst ergab, dass die geltenden Umwelt- und Tierschutzstandards nicht so hoch und schon gar nicht so teuer sind, um pauschale Agrarsubventionen damit zu rechtfertigen.²

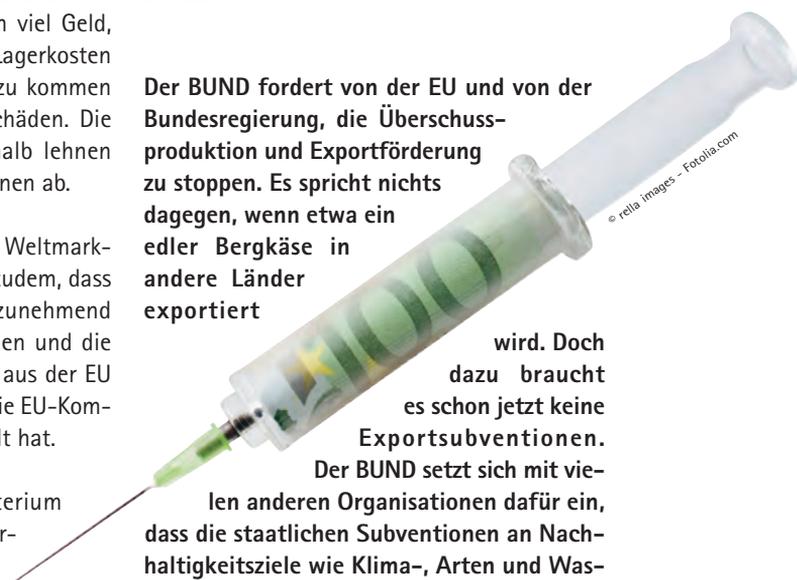
Gleichzeitig schadet die landwirtschaftliche Exportproduktion enorm dem Klima: So sind rund 15 Prozent der gesamten Treibhausgase aus der Landwirtschaft auf die landwirtschaftliche Exportproduktion zurückzuführen.³

Trotzdem wollen die Bundesregierung, der Deutsche Bauernverband und die Industrie, dass die Agrarsubventionen weiter wie bisher fließen. Vielen auf Export fixierten Agrarkonzernen gelingt es nur positive Bilanzen oder Wachstum vorzugaukeln, so lange der Staat diese Agrarunternehmen massiv mit Geld vollpumpt.

Doch warum sollte die Gesellschaft dafür mit Steuergeldern aufkommen? Das fragen viele Organisationen und verlangen, dass die Agrarsubventionen eine echte Rechtfertigung bekommen: Nachhaltigkeitsziele statt Wachstumsziele.

Der BUND fordert von der EU und von der Bundesregierung, die Überschussproduktion und Exportförderung zu stoppen. Es spricht nichts dagegen, wenn etwa ein edler Bergkäse in andere Länder exportiert

wird. Doch dazu braucht es schon jetzt keine Exportsubventionen. Der BUND setzt sich mit vielen anderen Organisationen dafür ein, dass die staatlichen Subventionen an Nachhaltigkeitsziele wie Klima-, Arten und Wasserschutz gebunden werden. Daher brauchen wir eine grundlegende Umverteilung der Gelder und viel strengere Mindeststandards zum Schutz der Umwelt und der Tiere in der Landwirtschaft.



¹ www.agrarentportfoerderung.de

² Quelle: VTI 2009, Quantifizierung „gesellschaftlich gewünschter, nicht marktgängiger Leistungen“ der Landwirtschaft.

³ Eigene Berechnung auf Grundlage von Germanwatch 2012.

Landwirtschaft im Klimawandel



© www.wikipedia.de

Klee in der Fruchtfolge sammelt den Dünger (Stickstoff) aus der Luft und versorgt sich selbst, die Nachbarpflanzen und die nächste Kultur auf dem Acker mit Nährstoffen. Gleichzeitig fördert Klee-Grasanbau den Humus im Boden und versorgt Nutztiere mit Eiweiß (Protein). Daher ist KleeGras fester Bestandteil im Ökolandbau. Auch die Artenvielfalt profitiert von den bunten KleeGraswiesen. Sie sind eine der vielen Möglichkeiten, mit geschickten Fruchtfolgen gegen die Überdüngung vorzugehen.

Die Landwirtschaft ist hinsichtlich des Klimawandels Opfer und Täter zugleich. Einerseits müssen viele Bauern und Bäuerinnen mit weniger Niederschlag rechnen, der vermehrt im Winter fällt, während die Sommer noch trockener werden könnten. Klimaexperten warnen, dass extreme Witterungsereignisse wie Starkregen, Überschwemmungen und Stürme zunehmen. Sowohl zu wenig als auch zu viel Regen kann für den Anbau von Lebensmitteln und für die Viehzucht ein Problem sein. Auch neue Schädlinge und Krankheiten tauchen bei uns auf, wenn es wärmer wird.

Die intensive Landwirtschaft trägt gleichzeitig selbst zum Klimawandel bei. Allein die deutsche Landwirtschaft verursacht jährlich rund 123 Millionen Tonnen CO₂, das entspricht knapp 13 Pro-

zent aller Treibhausgase in Deutschland.¹ Nach dem Straßenverkehr ist die intensive Landwirtschaft der größte Treibhausgas-Verursacher. Während es für den Straßenverkehr bereits klare Ziele zur Senkung der Klimagase gibt, fehlen solche verbindlichen Ziele für die Landwirtschaft.

Die größten Treibhausgasquellen aus der Landwirtschaft sind Böden, die in Folge massiver Stickstoffdüngung das besonders klimaschädliche Lachgas in die Luft abgeben. Auch die Herstellung künstlicher Düngemittel kostet im Vorfeld viel fossile Energie.

Landnutzungsänderungen wie Grünlandumbruch und die Kultivierung von Niedermooren als Acker und Grünland tragen ebenfalls in erheblichem Umfang zum Ausstoß von Treibhausgasen bei. In

Treibhausgase aus der Landwirtschaft in Deutschland

(Angaben in Prozent und Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten)

Emissionsquelle	in Prozent	in Millionen Tonnen
Landwirtschaftl. Böden inkl. Mineralischer Düngung	32%	39,4 t
Landnutzung/Landnutzungsänderung von Ackerland und Grünland	30%	37,5 t
Verdauung Nutztiere	16%	20 t
N-Düngerherstellung	10%	12 t
Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft	6%	7,8 t
Landwirtschaftl. Verkehr & Wärmeerzeugung (Ställe, etc.)	5%	6,3 t
Anteil der Emissionen aus der Landwirtschaft an Gesamtemissionen	12,92%	123,3 t

Quelle: UBA 2013

„Less meat – less heat“
 „Weniger Fleisch – weniger Klimaerwärmung“
 Paul McCartney

Über 70 Prozent der Treibhausgase gehen auf das Konto tierischer Produkte. Verbraucher können mit einem reduzierten Fleisch- und Milchverzehr, Brüssel und Berlin mit dem Abbau der Überschüsse bei Milch und Fleisch sowie Limits für die Emissionen aus der Tierhaltung wirksam zum Klimaschutz beitragen.

den Moorböden sind große Mengen Kohlenstoff gebunden. Wird der Boden entwässert und umgepflügt, dann entweicht der Kohlenstoff in Form der Treibhausgase CO₂, Methan und Lachgas. Lediglich rund acht Prozent der Agrarflächen in Deutschland sind Moorfläche. Auf Grund der intensiven Bewirtschaftung gehen aber rund ein Drittel aller Klimagase aus der Landwirtschaft von ihnen aus.

Die Tiere, insbesondere die Rinder, spielen eine Doppelrolle in der Klimabilanz. Zwar stammen rund 16 Prozent der Klimaemissionen aus der Nutztierhaltung. Gleichzeitig aber können Rinder zum Klimaschutz beitragen, wenn sie in Weidehaltung artgerecht gehalten und gefüttert werden. Denn Wiesen und Weiden – kurz Grünland genannt – speichern große Mengen CO₂ dauer-

haft im Boden. Da wir Menschen kein Gras essen können, ist es ökologisch sinnvoll, wenn Rinder und andere Wiederkäuer wie Schafe und Ziegen das Gras verwerten und uns auf diese Weise Weide-Milch und Weide-Fleisch liefern.² Die meisten der rund 12 Millionen Rinder in Deutschland werden aber nicht auf der Weide, sondern im Stall gehalten werden. Außerdem bekommen sie statt Gras immer mehr Mais und importiertes Soja. Deshalb werden immer weniger Wiesen gebraucht und stattdessen zu Ackerland umgepflügt. Wenn jedoch Grünland umgepflügt wird, trägt dies massiv zum weiteren Ausstoß von Treibhausgasen bei.

Fazit: Zum Klimaschutz brauchen wir insgesamt viel weniger Tiere, und diese müssen raus auf die Weide!

¹ UBA 2013.

² Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass die CO₂-Bindung des Weidelandes die Methan- und Lachgasemissionen der Rinderhaltung kompensieren können (Vgl. „Klimawandel und Futterbau“, Prof. Dr. F. Taube, Christian-Albrechts-Universität Kiel, 2009).

Wohlstandsgrundlage „Artenvielfalt“

Die intensive Landwirtschaft trägt maßgeblich zum Verlust der Artenvielfalt bei. Hauptursache dafür ist die hohe Menge an Mineraldünger und Gülle, mit denen Bauern und Bäuerinnen versuchen, jedes Jahr Höchstserträge zu erzielen. Die Pflanzen können meist nicht alle Nährstoffe aufnehmen. Ein erheblicher Teil gelangt daher mit dem Regen ins Grundwasser oder in Flüsse. Ein anderer Teil entweicht in die Luft. Diese Überdüngung führt zum Verlust von Lebensräumen derjenigen Tiere und Pflanzen, die so viel Dünger nicht vertragen.

Artenvielfalt stirbt an Überdüngung, Pestiziden, Monokulturen und riesigen Feldflächen ohne Baum und Strauch

Weil die intensive Landwirtschaft über die Hälfte der Landoberfläche in Deutschland bewirtschaftet, verschwinden immer mehr Lebensräume (Biotope), die nur wenig Nährstoffe aufweisen, jedoch genau deshalb eine hohe Artenvielfalt beherbergen. Die höchste Artenvielfalt weisen dabei Wiesen und Weiden auf. Doch mit dem Umpflügen von Wiesen und Weiden, mit dem Verschwinden von Ufer- und Ackerlandstreifen und mit dem Abholzen von Hecken gehen wichtige Lebensräume verloren. Frühere Allerweltsarten wie Kiebitz, Feldlerche, Feldhamster und viele andere Tiere und Pflanzenarten stehen daher leider heute auf der Liste der bedrohten Arten.

Dienstleistungen der Artenvielfalt

Die Artenvielfalt zu erhalten ist für uns Menschen eine Art „Wohlstandsversicherung“. Die

verschiedenen Arten haben spezielle Funktionen in unseren Ökosystemen. Nur wenn die Ökosysteme gut funktionieren, können sie wichtige Aufgaben für uns Menschen übernehmen. Nur ein gesunder Boden mit einer Vielzahl von Kleinlebewesen und mit ausreichend Humus kann optimal den Regen filtern und zu sauberem und ausreichendem Grundwasser beitragen.

Doch die Landwirtschaft ist derzeit nicht verpflichtet, das Wasser effektiv sauber zu halten. Landwirte können zwar freiwillig an Umweltschutzprogrammen teilnehmen. Doch oft sind die finanziellen Anreize dazu nicht hoch genug. In Deutschland erlauben die gesetzlichen Mindeststandards eine starke Überdüngung und einen hohen Pestizideinsatz. Die Folge: In Niedersachsen ist jede 3. Trinkwassermessstelle mit Nitrat aus der Überdüngung vor allem mit Gülle belastet.

Gesellschaftliche Kosten der intensiven Landwirtschaft

Die Kosten der Überdüngung betragen in Deutschland im Jahr mindestens 8 Milliarden Euro¹, was vor allem auf die hohen Kosten für die Wasseraufbereitung zurückzuführen ist.

Wissenschaftler haben außerdem errechnet, dass sich der Wert landwirtschaftlicher Produkte, die nur nach Bestäubung durch Insekten heranreifen, allein in Deutschland auf jährlich 2,5 Milliarden Euro beläuft. Der Verlust der Artenvielfalt kommt uns daher letztendlich teuer zu stehen.

¹ Eigene Berechnungen auf Basis von TEEB DE Studie „Naturkapital“ (2012).



© pixetio.de/Uschi Dreier

Überdüngung – Quellen und Folgen



© Anke Hofmeister

Niedersachsen ist die Hochburg der Massentierhaltung in Deutschland. Das Grundwasser an fast jeder 5. Messstelle ist derart stark mit Nitrat belastet, dass es nicht mehr zum Trinken geeignet ist. 85 Prozent des Trinkwassers wird in Niedersachsen aus dem Grundwasser gewonnen. Dennoch genehmigen die Behörden gerade in der Region von Elbe, Weser und Ems die meisten neuen Massentierhaltungen im Bundesvergleich.

Die intensive Landwirtschaft stützt sich auf den massiven Einsatz von Mineraldünger. So soll sichergestellt werden, dass höchstmögliche Erträge erzielt werden. Problematisch ist, dass der im Dünger enthaltene Stickstoff zu großen Teilen in der Umwelt verbleibt. Die intensive Landwirtschaft ist damit Hauptverursacher für Nitrat im Grundwasser. Vor allem in Regionen mit Intensivtierhaltung weist das Grundwasser hohe Nitratwerte auf.

Auch die Meere bleiben von der Überdüngung der Äcker nicht verschont: 66 Prozent der Stickstoffeinträge in die Ostsee stammen aus der Landwirtschaft. Dieser Nährstoff-Überschuss führt zur „Veralgung“ unserer Meere und zu großflächigen toten Regionen, in denen weder Fisch noch Pflanze leben können.

Meeres- und Wasserschutz fängt auf dem Acker an

Anstelle des großflächigen Einsatzes von Mineraldünger arbeitet der Ökolandbau mit Gründünger. Dafür werden zwischen zwei Hauptfrüchten Zwischenfrüchte wie Klee, Ackerbohnen und Erbsen angebaut. Diese Hülsenfrüchte sammeln den Stickstoff (Dünger) aus der Luft und versorgen sich selbst, die Nachbarpflanzen und die nachfolgende Kultur

auf dem Acker mit Nährstoffen. Gleichzeitig werden so der Humus im Boden gefördert und Nutztiere mit Eiweißfutter (Protein) versorgt.

Gewässerschutz durch Ökolandbau

Der Ökolandbau stellt ein wichtiges Instrument zur Überwindung des Stickstoffüberschusses dar. Nach dem Motto „Vor- statt Nachsorge“ setzen sich immer mehr öffentliche Wasserwerke (u. a. in Leipzig, München) für die Förderung von ökologischem Landbau im Einzugsgebiet der Wassergewinnung ein.

Der BUND kämpft für strengere gesetzliche Mindeststandards gegen Überdüngung und Pestizidbelastungen.

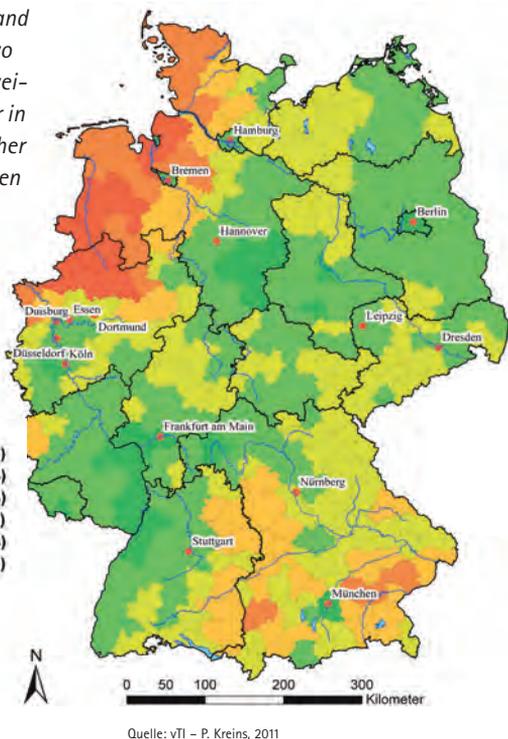
Gleichzeitig müssen Bund und Länder Bäuerinnen und Bauern ermutigen, auf besonders umweltfreundliche Landbaumethoden wie Ökolandbau umzusteigen. Wer dagegen unser aller Wasser-Ressourcen belastet, muss dafür – auch finanziell – zur Verantwortung gezogen werden. Dieses „Verursacherprinzip“ wird bisher nicht auf die intensive Landwirtschaft angewendet. Stattdessen ist Überdüngung ist nach dem geltenden Ordnungsrecht straffrei.

Massentierhaltungen und BUND-Widerstand

Bei Umfragen sagen die meisten von uns, dass sie von der Landwirtschaft eine artgerechte Tierhaltung erwarten. Erst recht, wenn sie Subventionen erhält. Und wie leben die Tiere in der Landwirtschaft nun tatsächlich? Wenn Sie über Land fahren, schauen Sie einmal aus dem Fenster, ob Sie Tiere auf der Wiese sehen. In Deutschland leben fast 30 Millionen Schweine, 12 Millionen Rinder und rund 114 Millionen

Ausnahmen erlaubt ist. Auch die Teilamputation von Schnäbeln bei Hühnern und Puten darf EU weit nur in Ausnahmen geschehen, ist aber in Deutschland flächendeckende Praxis in Massentierhaltungen. Die Intensivtierhaltung setzt vielen Tieren derart zu, dass diese nur durch die massive Verabreichung von Antibiotika bis zur Schlachtung überleben. Masthühner werden etwa ein Viertel ihres Lebens mit Antibiotika behandelt.¹ Individuelle Tierbetreuung ist in der industriellen Tierhaltung, die auf Effizienz ausgerichtet ist, nicht vorgesehen: Eine Arbeitskraft ist für mehr als 40.000 Hühner und mehr als 2.000 Mastschweine zuständig. In der industriellen Tierhaltung gehört Tierleid zum Programm.

Die Landkarte von Deutschland zeigt in rot, wo Hühner, Schweine und Rinder in besonders hoher Dichte gehalten werden. (Stand: 2007)



Hühner – aber niemand sieht sie. Die Haltung unserer Nutztiere erfolgt zumeist in Ställen, die nach industriellen Maßstäben funktionieren: Tausende Tiere in einem künstlich klimatisierten Stall, dicht gedrängt, überwiegend ohne Stroh, im eigenen Dung dahinvegetierend.

EU-Tierschutzregeln werden in Deutschland missachtet und nicht umgesetzt, wirksame Kontrollen fehlen. So werden kleinen Schweinen regulär ohne Betäubung die Hoden entfernt und die Ringelschwänze und Zähne abgekniffen, obwohl dies nach EU-Tierschutz nur in

Den Mega-Mastanlagen entspringt vielerorts ein „Gülle-Tsunami“, der kaum kontrolliert wird. Mit Ammoniak, Nitrat, Antibiotika und Schwermetallen wie Kupfer verursacht die intensive Tierproduktion massive Umweltschäden wie Gewässer- und Bodenbelastungen.

Doch die Massentierhaltung setzt sich nicht überall durch. Immer häufiger gelingt es dem BUND gemeinsam mit Bürgerinitiativen dieser Einhalt zu gebieten:

- STOP** 2012: Stilllegung einer 130.000er Hähnchenmastanlage im mecklenburgischen Kuppentin.
- STOP** 2013: Stopp einer geplanten 200.000er-Hähnchenmastanlage in Sachsen-Anhalt.
- STOP** 2013: BUND Thüringen und Bürgerinitiative „Diamantene Aue“ gewinnen Klage gegen die Genehmigung einer Schweinefabrik für mehr als 8.000 Schweine in Oldisleben.

Der BUND hilft beim Widerstand gegen die industrielle Massentierhaltung (www.bund.net/massentierhaltung) und das bundesweite „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ mitgegründet. Außerdem unterstützt der BUND Initiativen gegen Ausbeutung und Lohndumping auf Schlachthöfen. Gemeinsam mit Bauern entwickeln wir zudem Alternativen wie das Neuland-Fleisch-Programm.

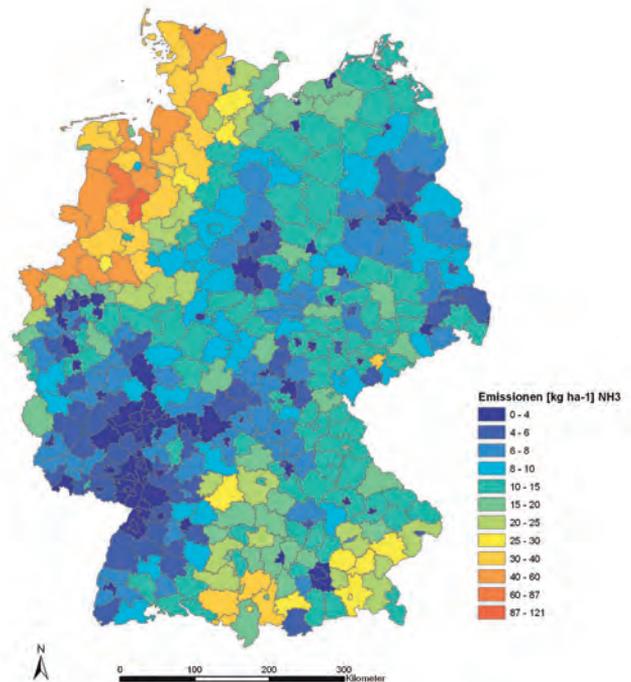
Was hat Massentierhaltung mit Antibiotika zu tun?

Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) definiert industrielle Tierhaltung (umgangssprachlich: Massentierhaltung) nach folgenden Kriterien¹

- Keine Bindung der Tierhaltung an eigene Futterflächen
- Industriell hergestelltes Futter statt Zugang zu Weidefutter
- Große Tierzahlen in den Beständen
- Hochleistungszucht mit sehr geringer genetischer Vielfalt

Die industrielle Fleischerzeugung bringt einerseits Tiere dazu in kurzer Zeit viel Fleisch anzusetzen und daher vordergründig „billige“ Fleischlieferanten zu sein. Das ist nur in tierschutzwidrigen Haltungsformen möglich. Doch das System der Massentierhaltung bringt auch große Risiken und Umweltschäden mit sich, für die bisher nicht die Fleischindustrie, sondern die Bevölkerung aufkommt. Auf der Weide dagegen wachsen Tiere langsamer, das Fleisch ist daher teurer im Einkauf. Dafür sparen wir uns Umweltkosten wie zum Beispiel für die Wasseraufbereitung wegen Nitrat und verringern das Risiko für Keime, die gegen Antibiotika resistent sind. Das staatliche Robert-Koch-Institut hat herausgefunden, dass in den Regionen mit viel Massentierhaltung auch häufiger antibiotikaresistente Keime (MRSA) aus der Tierhaltung bei Menschen in Krankenhäusern gefunden werden². Untersuchungen bei Schweinehaltern ergaben, dass über 80 Prozent Träger von Keimen waren, die gegen Antibiotika resistent waren. Das ist deshalb so gefährlich, weil im Falle einer Infektion den Trägern dieser resistenten Keime oft nicht mehr mit Antibiotika geholfen werden kann. Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene und des Bundesverbandes der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes infizieren sich jährlich mindestens 700.000 Menschen mit resistenten Bakterien und etwa 30.000 Menschen sterben daran.³

Der BUND hat mit einer Stichprobenuntersuchung gezeigt, dass die resistenten Keime aus der Tierhaltung auch über das Fleisch aus dem Supermarkt bis in die Küchen der Verbraucher gelangt. Bei unserem Test waren die Hälfte der



Quelle: vTI - Rösemann et al., 2011

Wo viele Tiere in Massentierhaltungen leben, dort messen wir auch die höchsten Konzentrationen von Ammoniak (gelb, orange bis rot) in der Luft, ein (übel riechendes) Klimagas (Stand 2007). Wegen der Massentierhaltung überschreitet Deutschland die nach EU-Regeln geltenden Grenzen für Ammoniakemissionen massiv, ohne jedoch der Fleischindustrie Grenzen zu setzen. Im Gegenteil, Bund und Länder fördern mit Subventionen neue Massentierhaltungen und neue Schlachthöfe.

Hähnchenfleischproben kontaminiert (2012). Staatliche Untersuchungen brachten ebenfalls alarmierende Belastungen zu Tage: „Mehr als 90 Prozent der E. coli-Isolate aus Puten-, Hähnchen- oder Mastkälberbeständen sowie aus Putenfleisch waren gegen mindestens eine, häufig auch mehrere Antibiotikastoffklassen resistent.“⁴

Der BUND fordert: Eine Tierhaltung, die so tierschutzfremd ist, dass sie einen systematischen Einsatz von Antibiotika mit sich bringt, muss verboten werden. Der Einsatz von Antibiotika in Intensivtierhaltungen muss radikal gesenkt werden. Selbst in den Niederlanden gelang eine Halbierung im Verlauf von nur drei Jahren (2009–2012).

1 FAO 2007
Industrial Livestock
Production and
Global Health Risks

2 RKI 2011

3 DGKH, GHUP,
BVÖGD 2011

4 BfR 2012

Wenn schon Fleisch, dann Biofleisch oder NEULAND-Fleisch

Hier finden Sie zu Fleisch- und Wurstwaren aus nachhaltiger Erzeugung: oekolandbau.de neuland-fleisch.de



© photodisc

Öko- und Neulandfleisch wird in aller Regel ohne den Einsatz von Antibiotika erzeugt. Entsprechend geringer ist die Belastung mit resistenten Keimen. Die Gründe dafür sind einfach: • kleinere Betriebsstrukturen • mehr Platz je Tier und Auslauf • eingeschränkter Tiertransport bei meist festen Lieferbeziehungen • oftmals geschlossenes System (Aufzucht & Mast auf einem Hof

ohne Transportfahrten) • Verzicht auf Antibiotika verringert die Entwicklung und Verbreitung resistenter Keime • Geringere Leistungserwartung – extensive Rassen – weniger Medikamente • Geringere Verletzungsrate (Beschäftigungsmaterial/Stroh, Auslauf, u.a.) Doch noch lebt weniger als jedes 100. Tier in Deutschland in Ökohaltung! Das können Sie ändern!

Ökolandbau in Deutschland 2012

	Zahl der Betriebe	Anteil an Betrieben insgesamt	Flächen in Hektar	Anteil an Flächen insgesamt
Bio-Betriebe insgesamt	23.096	8 %	1.043.528	6,3 %
EU-Bio Betriebe	10.971	3,8 %	330.783	2,99 %
Ökolandbau nach Verbänden	12.125	4,2 %	712.745	3,31 %

Ökologische Tierhaltung in Deutschland

	Zahl der Tiere in	Zahl der Tiere in Deutschland	Anteil Ökohaltung	Anteil Konventionell	Öko
Rinder		12,5Mio.	594.000	95,3 %	4,7 %
Schweine		27,6Mio.	156.000	99,4 %	0,6 %
Legehennen		36,6 Mio.	2,9 Mio.	92 %	8 %
Masthühner		67,5 Mio.	ca. 0,68	ca. 99 %	ca. 1 %

Quelle: Destatis 2010, MEG 2013, eigene Berechnungen nach BÖLW 2013

Gesunde Ernährung, Umwelt- und Klimaschutz ergänzen sich

An den weit verbreiteten ernährungsbedingten Krankheiten erkennen wir, dass viele von uns zu viel Fleisch, Wurst und Milchprodukte zu sich nehmen. Rund 40 Prozent der Kalorien, die wir in Deutschland täglich zu uns nehmen, stammen aus tierischen Lebensmitteln. In Italien machen Fleisch- und Milchprodukte dagegen nur 24 Prozent der täglichen Kalorienzusammensetzung aus. Wenn wir den Fleischkonsum in Deutschland pro Person um rund die Hälfte senken würden auf im Schnitt 300–600g Gramm in der Woche, würden wir gesünder leben und könnten die gesamte Landwirtschaftsfläche auf Ökolandbau umstellen – bei gleichbleibender Selbstversorgung¹.

Mit weniger Fleisch und mehr frischem Obst und Gemüse lassen sich zudem ernährungsbedingte Gesundheitsrisiken für Übergewicht, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Gefäßerkrankungen, Krebs und Gicht reduzieren.

Der hohe Fleischkonsum aus Massentierhaltung belastet nicht nur unsere Gesundheit, sondern auch das Klima. In Europa steht längst nicht genügend Futterfläche für all die Tiere zur Verfügung, die hier gemästet werden. Zu der Futterfläche hierzulande beanspruchen wir nochmals rund ein Fünftel mehr vor allem für den Sojaanbau, überwiegend in Entwicklungs- und Schwellenländern. Das entspricht fast 20 Millionen Hektar, für die oft Regenwald abgeholzt wird. Zu dem hohen Fleisch- und Milchkonsum kommt die Überschusserzeugung noch hinzu. Insgesamt trägt die europäische Tierhaltung also massiv zum Klimawandel und zum Verlust der Artenvielfalt bei. Zudem stehen in den Ländern, aus denen die Sojabohnen stammen, die Futterflächen nicht mehr für den Anbau von Lebensmitteln für die lokale Bevölkerung zur Verfügung. Unsere massenhafte Fleischproduktion trägt daher auch zu Hunger und Vertreibung bei. Klimaschonend ist dagegen Weidefleisch aus heimischer Erzeugung. Eine klimafreundliche Ernährung hat also zahlreiche positive Zusatzeffekte: Gesundheit, Tiererschutz, Sozialverträglichkeit, Umweltschonung.

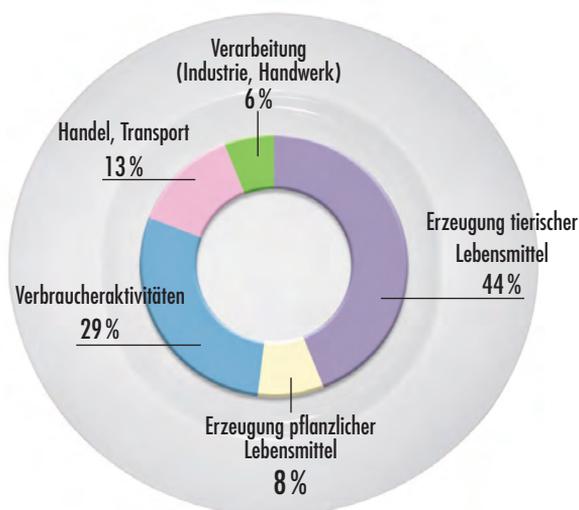
CO₂-Einsparpotenziale bei Lebensmitteln

Maßnahme	Potenzial
Frische Ware, keine Tiefkühl-Produkte	2%
Regionaler und saisonaler Einkauf	bis 10%
100% Bioprodukte	bis 27%
Ernährung fleischreduziert (2-mal Fleisch, 1-mal Fisch/Woche)	bis 31%
Ernährung vegetarisch (kein Fleisch und Fisch)	bis 47%

Quelle: Keller 2009

Das größte Einsparpotenzial für Treibhausgase liegt in der Reduzierung des Konsums tierischer Lebensmittel, gefolgt von ökologischer Erzeugung.

Verteilung der Treibhausgas-Emissionen im Bereich Ernährung



Quelle: von Körber et al 2007, © wrw - www.pixelio.de/Grafik: Petra Nyenhuis

Wer als Verbraucher/-in mit dem Rad einkaufen fährt, den Rohkostanteil gegenüber gekochten Lebensmitteln erhöht und auf Erdbeeren im Winter und andere „Flug-Früchte“ verzichtet, kann das Klima prima schonen. Vollwerternährung mit wenig Milch- und Fleischprodukten, nur hin und wieder ein Ei, das hält uns und die Umwelt fit.

¹ vergl. Seemüller 2001; von Körber et al 2008

Regional und saisonal – 1. Wahl

Viele Feinschmecker haben es bereits entdeckt: Obst und Gemüse schmeckt frisch geerntet am besten. Regionale und saisonale Gemüse sind frischer und daher geschmacklich im Vorteil gegenüber weit transportierten Lebensmitteln. Auch mit gesunden Inhaltsstoffen, Vitaminen und Mineralstoffen können wir uns das ganze Jahr über hervorragend aus heimischem Anbau versorgen. Die Umwelt profitiert, weil Transporte gespart werden.

Ökologische Lebensmittel – gesünder und umweltfreundlicher

Die Gehalte an Vitaminen, Mineralstoffen und anderen Nährstoffen in Lebensmitteln schwanken in Abhängigkeit vom Standort, der Bodenqualität, der Sorten und dem Erntezeitpunkt. Studien belegen gleichwohl bei Öko-Obst und -Gemüse höhere Gehalte an gesundheitsfördernden sekundären Pflanzeninhaltsstoffen und teils auch höhere Mengen an Vitamin C als konventionellen Vergleichsprodukten. Dieser Vorsprung hat vor allem zwei Gründe: Biolebensmittel werden nicht durch Pestizide vor Fressfeinden und Krankheiten geschützt und bilden daher selbst mehr Abwehrstoffe wie Antioxidanzien. Zudem wirkt der synthetische Dünger im konventionellen Anbau wie ein Verdüner: die Pflanzen wachsen schneller und nehmen dabei vor allem mehr Wasser auf.

Positiv für Gesundheit und Umwelt wirken sich auch die geringeren Nitratgehalte von Ökoprodukten aus. Und natürlich ist es ein großer Vorteil für unsere Gesundheit und auch für die Artenvielfalt, dass im Biolandbau synthetische

Pestizide verboten sind. Auch tierische Lebensmittel aus Ökolandbau sind vorteilhaft, weil sie in der Regel höhere Anteile an Omega-3-Fettsäuren enthalten, die als besonders gesund gelten. Eine niederländische Studie zeigt, dass Kleinkinder seltener an Hautallergien leiden, wenn sie Biomilch statt konventioneller Milch trinken. Dies lässt sich dadurch erklären, dass Tiere auf dem Biohof Gras und Heu fressen und auf der Weide viel Sonne ab bekommen. Ihre konventionellen Artgenossen fressen vor allem Mais, Getreide und Soja und sehen oft ihr Leben lang keine Sonne.

Einen Vorteil für Mensch und Tier bieten auch Bioeier. Sie sind weniger mit Keimen belastet, die Resistenzen gegen Antibiotika aufweisen. „Somit leistet die ökologische Tierhaltung nicht nur einen Beitrag zum Tierschutz, sondern trägt darüber hinaus auch wesentlich zur Sicherung der weiteren Wirksamkeit von Antibiotika bei Mensch und Tier bei“, so Prof. Johann Bauer, Inhaber des Lehrstuhls für Tierhygiene an der Technischen Universität München. „Und das ist für den Verbraucher ein klarer Gesundheitsvorteil.“ Bakterien können vom Tier auf den Menschen übertragen werden – und umgekehrt. Je weniger Resistenzen gegen Antibiotika Bakterien aufweisen, desto besser können sie im Krankheitsfall behandelt werden.

Weitere Einkaufstipps finden Sie auf: www.bund.net/besser_einkaufen

Der BUND empfiehlt: Achten Sie beim Einkauf auf diese Siegel.



Wende in der Agrarpolitik – dringender denn je

Der BUND setzt sich seit Jahrzehnten für einen fairen politischen Rahmen für eine besonders umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft ein. Dazu zählt, dass der Fleischpreis im Supermarkt endlich konsequent widerspiegeln muss, dass die industrielle Tierhaltung hohe Kosten verursacht, z. B. in Form von Nitrat im Grundwasser aus Überdüngung mit Gülle. Stattdessen finden wir Billigfleisch im Regal. Und die Rechnung für Nitrat in Gewässern zahlen nicht die Fleischkonzerne, sondern wir Steuerzahler. Darum brauchen wir eine Wende in der Agrarpolitik, wenn unsere Lebensmittel künftig von Bauernhöfen und nicht aus der Agrarindustrie kommen sollen.

Die Verteilung der staatlichen Subventionen für die Landwirtschaft begünstigt bisher überwiegend die Industrialisierung der Landwirtschaft. Allerdings eröffnet ab dem Jahr 2014 eine Reform der Europäischen Agrarpolitik den EU-Mitgliedsstaaten neue Möglichkeiten, um Subventionen umzuverteilen für mehr Ökologie und Tierschutz in der Landwirtschaft. So müssen Agrarbetriebe künftig im Gegenzug zu den Subventionen aus Brüssel bestimmte Umweltregeln einhalten, andernfalls werden ihnen mindestens 30 Prozent der Subventionen abgezogen. Brüssel sagt dazu: „*Greening*“ der Agrarpolitik. Dabei ist es aus BUND-Sicht besonders zu begrüßen, dass Agrarbetriebe ab 2014 mindestens 5 Prozent ihrer Fläche für den Artenschutz bereitstellen müssen etwa in Form von Blühstreifen, Zwischenfrüchten oder Ackerrainen, auf denen keine Pestizide eingesetzt werden sollen.

Das *Greening* ist ein wichtiger Reformschritt, angesichts des rasanten Artenschwundes in unseren landwirtschaftlich geprägten Landschaften. Besonders alarmierend ist unter anderem der Verlust der Bienen in Folge des massiven Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft. Viele wilde und kultivierte Pflanzenarten sind auf die Bestäubung durch die Bienen angewiesen. Wenn sie jedoch wegen eines zu hohen Anteils an Monokulturen und fehlender Blütenvielfalt nicht ganzjährig Futter finden, oder wenn die Bienenvölker von Pestiziden geschwächt und getötet ihren Beitrag im Ökosystem nicht leisten können,

dann entstehen unermessliche Schäden wie Missernten und der Verlust zahlreicher weiterer Arten.

Leider sind die neuen Umweltregeln, das sogenannte „*Greening*“ jedoch insgesamt sehr schwach. Maiswüsten und andere Monokulturen sind im Rahmen des *Greening* zugelassen und auch artenreiche Wiesen dürfen zum Teil umgepflügt werden. Die neuen Umweltregeln reichen also bei Weitem nicht, um künftig all das staatliche Geld für die Agrarwirtschaft zu rechtfertigen.

Umso mehr fordert der BUND, dass Bundestag und Länder zumindest alle Reformchancen nutzen für den Ausbau der Umweltprogramme, für einen Stopp des Verlustes der Artenvielfalt insbesondere auf Wiesen und Weiden und für den Erhalt kleinerer, bäuerlicher Betriebe mit besonders artgerechter Tierhaltung.

Gemessen an der steigenden Nachfrage nach ökologischen Lebensmitteln und einem Öko-Importanteil von 50 Prozent zeigt sich deutlich, dass wir eine Unterstützungsoffensive für die umweltfreundlichsten Lebensmittelerzeuger in Deutschland brauchen. Derzeit (Sommer 2013) droht in Deutschland eine Kürzung ausgerechnet der Gelder für Umwelt- und Tierschutzprogramme: Ab 2014 könnte demnach jeder vierte Euro im Topf für Ökolandbau, Naturschutz und Regionalmarketing fehlen. Die Kürzung betrifft konkret die Bundesländer, die künftig viele Programme etwa zum Ökolandbau und Naturschutz, zum Wasserschutz und zum demografischen Wandel nicht mehr finanzieren könnten.

Über den Bundesrat jedoch können die Länder für eine zweckgebundene, ökologische Umverteilung der Gelder sorgen. Brüssel hat inhaltlich dafür folgende Möglichkeiten vorgesehen:

1. Umschichtung von 15 Prozent der Direktzahlungen für mehr Ökolandbau, Naturschutz und Tierschutz
Mitgliedsstaaten können 15 Prozent der Direktzahlungen (sogenannte 1. Säule) in die Ländliche Entwicklung (sogenannte 2. Säule) umschichten. Der BUND fordert, diese Möglichkeit

¹ Vgl. Richtlinien 2001/81/EG und 2003/507/EG; UBA 2010

voll auszuschöpfen. Das Geld gilt es gezielt zu Gunsten von landwirtschaftlichen Betrieben umzuverteilen, die sich z. B. im Ökolandbau oder Naturschutz hervortun, in besonders artgerechte Tierhaltung investieren oder für die regionale Vermarktung ausbauen.

2. Direktzahlungen gerechter verteilen

Die EU-Kommission hat die langjährige Kritik vom BUND und anderen aufgegriffen, dass „eine recht kleine Anzahl großer Begünstigter“ einen „unverhältnismäßig hohen Anteil“ der Direktzahlungen erhält (vgl. S. 4). Und das, obwohl diese Betriebe Größenvorteile gegenüber Kleinbetrieben aufweisen und daher im Grunde weniger Einkommensstützung benötigten müssten, wenn sie denn gut wirtschaften würden.

Mögliche Reformansätze:

- a) Die Bundesregierung kann die Subventionen an Betriebe, die mehr als 150.000 Euro an Direktzahlungen erhalten, um mindestens 5 Prozent kürzen. Das Geld kann dann für Programme der Ländlichen Entwicklung, also gezielt für Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden.
- b) Oder die Bundesregierung nimmt aus diesem Topf der Direktzahlungen bis zu einem Drittel heraus und verlagert das Geld zugunsten von Betrieben, die weniger Fläche haben als der Durchschnittsbauer in Deutschland, also zugunsten kleinerer Betriebe. Dabei können die Lohnkosten der Großbetriebe kürzungsmindernd angerechnet werden. Mit der Umverteilung werden also keine Arbeitsplätze gefährdet.

Die Mitgliedsstaaten der EU müssen eines der beiden Modelle für eine gerechtere Verteilung der Direktzahlungen nutzen. Der BUND fordert, 30 Prozent der Direktzahlungen zugunsten der ersten 20 Hektar jedes Hofes umzuschichten. Kleinere Betriebe tragen in der Regel mehr zu Artenvielfalt und Verbrauchernähe bei.

3. Direktzahlungen ökologisch und sozial sinnvoll einsetzen – statt mit der Gießkanne

EU-Staaten können mehr Geld strategisch für Landwirtschaftsformen mit besonderer Bedeutung für „ökologische, soziale oder ökonomische“ Belange umverteilen. Dazu können sie acht Prozent der Gelder aus der 1. Säule für bestimmte Sektoren einsetzen, die z. B. wegen ihres ökologischen Beitrags als sehr wichtig gelten. Wenn Eiweißpflanzen mit zwei Prozent der Direktzahlungen gefördert werden, dann können sogar zehn Prozent der Direktzahlungen nach dieser Neuregelung gezielt (statt pauschal) eingesetzt werden.

Zu Redaktionsschluss dieses Heftes ist noch nicht entschieden wie in Deutschland diese Reformchance aufgenommen wird. Doch wie dringend wir diese Reformschritte benötigen für den Umbau der Landwirtschaft zu einer nachhaltigen Lebensmittelerzeugung zeigt das folgende Beispiel:

Heimisches Eiweißfutter statt importierte Gentech-Soja

Jährlich landen rund 6 Millionen Tonnen importierter Soja in den Futtertrögen der Intensivtierhaltung in Deutschland ein Großteil davon aus Gentechnik-Anbau (vgl. S. 6). Verbraucher und Bauern lehnen Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Daher fordert der BUND seit langem, mehr Anreize für den Anbau heimischer Eiweißpflanzen zu schaffen. Die aktuelle Reform ermöglicht jetzt, dass Bauern besondere Beihilfen erhalten können, wenn sie ihre Tiere mit Eiweißfutter aus eigenem Anbau, etwa mit Ackerbohnen, Erbsen, Lupinen, Klee gras oder Luzerne füttern.

Aus BUND-Sicht genauso dringend geboten ist es, diesen Reformteil dafür zu nutzen, Bauern die z. B. Milch in Form von Weidehaltung der Kühe betreiben, in besonderer Form zu unterstützen. Denn diese Form der Tierhaltung auf Wiesen verursacht keinen Klimaschaden, sondern trägt zum Klima- und zum Artenschutz gleichzeitig bei. Außerdem sind die Bauern bei diesem natürlichen Tierhaltungssystem unabhängig von den Schwankungen der Futterpreise auf dem Weltmarkt. Regional kann und muss mit politischer Unterstützung wieder erste Wahl werden.

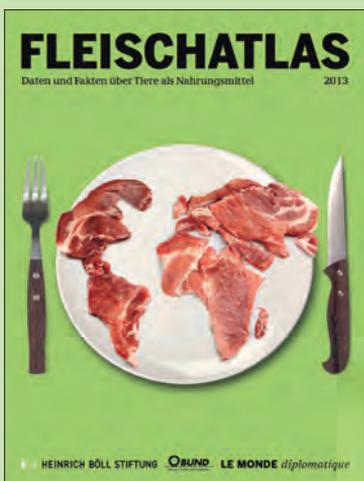
Der BUND engagiert sich gegen Massentierhaltung



© M. Hettwer/BfM



Der BUND ist Teil von „Bauernhöfen statt Agrarfabriken“, einem bundesweiten Netzwerk von rund 200 Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung. Gemeinsam tragen wir unseren Protest auf die Straße. Infos auf: www.bund.net/massentierhaltung und www.bauernhoeft-statt-agrarfabriken.de



Im Durchschnitt isst jeder Deutsche in seinem Leben 1.094 Tiere, verteilt auf 4 Rinder, 4 Schafe, 12 Gänse, 37 Enten, 46 Schweine, 46 Puten und 945 Hühner.

Mit einem jährlichen Fleischverzehr von rund 60 Kilogramm essen die Deutschen doppelt so viel Fleisch wie die Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Zugleich produzieren deutsche Fleischfabriken etwa 17 Prozent mehr Fleisch als verzehrt wird. Diese und viele weitere Zahlen und Fakten enthält der „Fleischatlas“, der in Texten und Grafiken die globalen Zusammenhänge der Fleischerzeugung aufzeigt und von der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Le Monde Diplomatique herausgegeben wurde.



Weitere Publikationen zum Herunterladen und Bestellen finden Sie unter www.bund.net/publikationsdatenbank



Die Erde braucht Freundinnen und Freunde



Der BUND ist ein Angebot:

An alle, die unsere Natur schützen und den kommenden Generationen natürliche Lebensgrundlagen erhalten wollen. Zukunft mitgestalten – beim Schutz von Tieren, Pflanzen und Flüssen, bei der Stärkung des Verbraucherschutzes und natürlich beim Schutz unseres Klimas. Vor Ort, national und international.

Wir laden Sie ein, dabei zu sein! Unterstützen Sie unsere Arbeit für eine Wende in der Agrarpolitik: gegen Massentierhaltung und für ökologisch verträgliche Landwirtschaft ohne Gentechnik.

Werden Sie noch heute BUNDmitglied – www.bund.net/mitgliedwerden